

STAY!

DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

INTERVIEW

SOZIAL- UND RECHTSBERATUNG FÜR GEFLÜCHTETE

AKTIONEN

STAY!

PROJEKTE UND
EINZELSCHICSALE

INFORMIEREN

DAS STAY! MEDINETZ

DIE MEDIZINISCHE UNTERSTÜTZUNG
FÜR PAPIERLOSE MENSCHEN OHNE
KRANKENVERSICHERUNG

WE ARE
HERE
TO STAY

LAMPEDUSA
IN HAMBURG





LIEBE LESERINNEN UND LESER DER FIFTYFIFTY,

in dieser Beilage zur Februar-Ausgabe berichten wir, die Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative STAY! e.V., über unsere Arbeit. Seit über 12 Jahren organisieren wir in Düsseldorf Sozial- und Rechtsberatung sowie medizinische Versorgung für Geflüchtete mit prekärem Aufenthaltsstatus. Das ist seit der Corona-Krise nicht leichter geworden. Wir möchten daher die Gelegenheit nutzen, Sie um Unterstützung zu bitten.

Die Corona-Krise trifft uns alle, den Einen härter, die Andere nicht ganz so schlimm, aber wir alle befinden uns seit Monaten in einer Ausnahmesituation. Doch auch wenn es sich für viele von uns so anfühlen mag, als hätte das Leben eine Vollbremsung gemacht: Die Welt dreht sich weiter. Immer noch kommen jeden Tag Geflüchtete in unsere Beratungsstelle, die auf Unterstützung angewiesen sind. Und natürlich können wir Kranke oder Schwangere, die sich hilfesuchend an unsere Clearingstelle wenden, nicht bitten, in ein paar Monaten wieder zu kommen, denn sie brauchen JETZT eine Ärztin, eine Hebamme oder Medikamente. Wir können auch diejenigen, denen Abschiebung droht, nicht auf den nächsten Sommer vertrösten, denn sie brauchen JETZT einen Anwalt, der sie berät. Unsere Klientinnen und Klienten befinden sich in Notlagen, die keinen Aufschub dulden, Pandemie hin oder her...

Corona hat die Situation von Geflüchteten noch schwieriger gemacht. Viele von ihnen leben nach wie vor in Sammelunterkünften, in denen die Verbreitung des Virus kaum zu kontrollieren ist. In unserer Beratungsstelle erleben wir jeden Tag, unter welchem Druck diese Menschen stehen, und wir werden weiterhin unser Möglichstes versuchen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Im Oktober ist unsere Beratungsstelle auf die Ellerstraße 176 in Düsseldorf-Oberbilk umgezogen, wo wir dreimal wöchentlich Sozial- und Rechtsberatung anbieten und zweimal pro Woche als Anlaufstelle für medizinische Notfälle fungieren.

Auf den nächsten Seiten erhalten Sie einen Einblick in unsere Arbeit. Da wir überwiegend spendenfinanziert arbeiten, freuen wir uns über jede Form finanzieller Unterstützung. Wir sind als gemeinnützig anerkannt und stellen bei Bedarf gern eine Spendenbescheinigung aus. Unser Spendenkonto finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts.

Wir danken dem Team von fiftyfifty, das unserem Verein seit vielen Jahren verbunden ist, für diese Beilage und wünschen Ihnen allen – trotz Corona – einen guten Start ins neue Jahr.

Der Vorstand von STAY! e.V.

Dr. Siegfried Joel, Isis Kossatz und Oliver Ongaro

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN
FOTOS

STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative e.V.

- Titel: Andreas Langfeld, o.T. aus der Serie „Status“. 2013 hat der Künstler Andreas Langfeld die Lebenssituation von Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus dokumentiert. Das Foto zeigt eine von Geflüchteten der „Gruppe Lampedusa in Hamburg“ organisierte Demonstration für ihr Bleiberecht.

- Vorwort: Mika Baumeister on Unsplash

- STAY!

LAYOUT & GRAFIK

Jan Dorian

DRUCK

Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH

ERSCHEINUNGSDATUM

Februar 2021



DIE MENSCHEN HABEN IHR ZUHAUSE VERLASSEN, WEIL SIE AUF DER FLUCHT VOR KRIEG, GEWALT UND ARMUT SIND.

Seit mehr als zehn Jahren berät und unterstützt STAY! Geflüchtete. Ein Interview mit Nicole Tauscher (Sozialarbeiterin) und Michael Lukas (Sozialarbeiter), die von Beginn an für STAY! tätig sind.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat unser aller Alltag und damit auch Eure Arbeit als Geflüchteten-Initiative massiv verändert. Wie sieht Eure Arbeit mit Geflüchteten denn aktuell aus?

Nicole Tauscher: Als es mit Corona los ging, hat sich das natürlich auch auf die Arbeit der Ausländerbehörden ausgewirkt: Termine sind ausgefallen, wurden verschoben oder zu spät abgesagt. Anträge wurden zum Teil wochenlang nicht bearbeitet, und das hat natürlich existenzielle Auswirkungen, wenn es um Sozialleistungen geht oder darum, eine Berufsausbildung anfangen zu dürfen. Das hat unsere Klientinnen und Klienten sehr verunsichert. Wenn die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden muss und in den Behörden nie-

mand greifbar ist, macht das den Leuten natürlich Angst. Das war nicht nur in Düsseldorf so, sondern in vielen Städten. Während privatwirtschaftliche Betriebe sehr schnell Lösungen gefunden haben, die Arbeit wieder aufzunehmen, haben Behörden hier zum Teil sehr schwerfällig reagiert.

Michael Lukas: Für uns als Beratende war die Coronakrise wiederum auch ganz praktisch eine Herausforderung: Wir mussten die Abläufe bei uns so umorganisieren, dass Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen eingehalten werden konnten. Letztlich hat das dann auch den Ausschlag gegeben, dass wir nun in andere Räumlichkeiten umgezogen sind, in denen wir das besser lenken können. Am massivsten macht sich die Corona-Krise aber

finanziell für uns bemerkbar: Das Spendenaufkommen ist extrem zurückgegangen, weil wahrscheinlich viele unserer Unterstützerinnen und Unterstützer selbst durch die Krise hart getroffen sind.

Während alle über Abstandsregeln und Quarantänemaßnahmen diskutieren, sind viele Geflüchtete immer noch in Sammelunterkünften auf engstem Raum untergebracht - ideale Voraussetzungen für die Verbreitung des Virus, oder?

Michael Lukas: Ja, sicher. Asylsuchende sind verpflichtet, während ihres Verfahrens bis zu 24 Monate in diesen Sammelunterkünften zu leben, wo sie sich nicht nur die Toiletten und Bäder, sondern »



oft eben auch das Zimmer mit wechselnden Bewohner*innen teilen. Dass man da die Verbreitung des Virus über Aerosole gar nicht kontrollieren kann, ist offensichtlich. Wenn Fälle in den Unterkünften aufgetreten sind, wurden anfangs oft alle Bewohner*innen unter Quarantäne gestellt. Das war besonders in der Anfangszeit der Corona-Krise sehr schlimm, weil es an Dolmetscher*innen gemangelt hat und viele Geflüchtete gar nicht verstanden haben, warum man sie jetzt quasi einsperrt. Das ist für diejenigen, die aufgrund ihrer Fluchtgeschichte ohnehin traumatisiert sind, natürlich eine enorme zusätzliche psychische Belastung.

Nicole Tauscher: Wir von STAY! fordern schon seit langem eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und die Auflösung der Sammelunterkünfte, nicht nur wegen Corona. Sie verhindern auch, dass Kontakte oder gar Solidarität der benachbarten Bevölkerung mit den Geflüchteten entstehen. Auch unabhängige Beratung ist so gut wie unmöglich, weil Unterstützungsinitiativen keinen Zugang zu den Unterkünften haben. Es ist offensichtlich, dass es hier darum geht, den Bewohner*innen den Aufenthalt so unangenehm wie möglich zu machen. Dabei sind die Menschen ja aus guten Gründen hier – sie haben ihre Familien und ihr Zuhause verlassen, weil sie auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Armut sind. Dass ein reiches Land wie Deutschland so mit Menschen in Not umgeht, ist beschämend.

In den letzten Wochen, vor allem seit dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos, wurde wieder viel über die Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU diskutiert. In Moria lebten 13.000 Menschen in einem für 2800 Menschen ausgelegten und deshalb völlig überfüllten Lager. Im Gegensatz zu anderen Ländern der EU hat Deutschland nach dem Brand 1500 Menschen aufgenommen – eine großzügige humanitäre Geste, oder?

Nicole Tauscher: Das sehen wir anders. Man hat im Falle Morias, aber auch der anderen überfüllten Lager an den EU-Außengrenzen wie z.B. in Italien oder Bulgarien jahrelang zugesehen, wie die Zustände eskalierten. Aufgrund seiner geographischen Lage innerhalb der EU und der geltenden sogenannten Dublin III Regelung wird Deutschland von weit weniger Geflüchteten erreicht, als die EU-Staaten an den Außengrenzen. Und für das Asylverfahren einer schutzsuchenden Person ist das EU-Land zuständig, welches zuerst erreicht wird, also vornehmlich Griechenland, Italien, Spanien, Bulgarien und Polen.

Michael Lukas: Das bedeutet in der Praxis, dass die süd- und südosteuropäischen Länder zum Teil völlig überlastet sind und vom Rest der EU mit dem Problem allein gelassen werden. Die Aggression gegenüber Schutzsuchenden ist dort in den letzten Jahren massiv angestiegen. Die Menschen werden mit Gewalt, oft auch mit vorgehaltener Waffe, daran gehindert, einzureisen und einen Asylantrag zu stellen. Diese Praxis der Push-Backs ist eindeutig illegal. Diejenigen, die es schaffen einzureisen, leben dann zum Teil auf der Straße, ohne Zugang zu Beratung, Sozialleistungen oder medizinischer Versorgung. Das Elend und die Not, in der sich die Geflüchteten, zum Teil aber auch die Bevölkerung vor Ort befinden, ist seit Jahren bekannt. Und die übrigen EU-Staaten schauen tatenlos zu. Dass Deutschland nun 1500 Menschen aufgenommen hat, ist das Mindeste, aber lange nicht genug. Es braucht endlich eine verbindliche Regelung zur Verteilung und Versorgung von Geflüchteten innerhalb der EU.

Die EU-Kommission hat nach dem Brand in Moria doch verschiedene Maßnahmen für eine neue europäische Asylpolitik vorgeschlagen.

Michael Lukas: Aus der Perspektive derer, die zu uns in die Beratung kommen sind die Vorschläge fatal. Wenn künftig schon an den EU-Außengrenzen entschieden werden soll, wer überhaupt ein Asylverfahren durchlaufen darf, dann ist unabhängige Beratung der Schutzsuchenden durch Initiativen wie unsere nicht mehr möglich. Wir sehen aber bei unserer Arbeit jeden Tag, dass in den Asylverfahren Beratung und Unterstützung notwendig sind, weil die Behörden eben vielfach nicht im Sinne der Geflüchteten handeln und entscheiden.

»DIE AGGRESSION GEGENÜBER SCHUTZ- SUCHENDEN IST DORT IN DEN LETZTEN JAHREN MASSIV ANGESTIEGEN.«

»ALLE, MIT DENEN WIR
ZUSAMMENARBEITEN,
VERTRETEN WIE WIR DIE
HALTUNG, DASS DIE
MENSCHEN EIN RECHT
DARAUF HABEN, ÜBER
IHREN ABSCHIEBETERMIN
BESCHIED ZU WISSEN.«

Nicole Tauscher: Viele unserer Klienten und Klientinnen sind eindeutig in einer Nottlage und haben Anspruch auf staatliche Unterstützung, können dies aber gegenüber den Behörden oft nicht deutlich machen, weil sie nicht wissen, worauf es ankommt. Wenn die Menschen jetzt an den Grenzen in Lagern festgehalten und im Schnellverfahren „sortiert“ werden sollen, ist das Grundrecht auf Asyl de facto nicht mehr umsetzbar. Und für eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU hat man immer noch keine Lösung gefunden.

Im Sommer 2019 wurde das von Innenminister Seehofer initiierte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ verabschiedet. Dieses sieht Sanktionen für diejenigen vor, die nicht abgeschoben werden können, weil sie keine gültigen Papiere besitzen. Welche Auswirkungen hat das Gesetz auf Eure Arbeit als Geflüchteten-Initiative?

Nicole Tauscher: Dieses „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ bedeutet zunächst einmal eine massive Verschlechterung der Situation für diejenigen, für die kein gültiges Ausweisdokument die Abschiebung bedeuten würde. Dieses Gesetz ist ein weiterer Versuch, alle Flüchtlinge zu kriminalisieren und zu sanktionieren, die keine Möglichkeit haben, einen Nationalpass oder einen anderen Nachweis über ihre Identität zu erhalten. Seehofer und sein Ministerium möchten der Bevölkerung suggerieren, dass abgelehnte Asylsuchende lediglich zu ihrer Botschaft gehen zu brauchen, um Dokumente zu erhalten, die eine Rückkehr ins Heimatland ermöglichen – und sich schlichtweg verweigern. Um an diese Dokumente zu kommen, werden die ausreisepflichtigen Menschen von den Ausländerbehörden unter Druck gesetzt. Mit Hinweis auf die sogenannte „Mitwirkungspflicht“ werden Sanktionen angedroht und umgesetzt, wie z.B. die Reduzierung von Sozialleistungen oder das Beschäftigungsverbot.

Laut „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ können abgelehnte, aber geduldete Asylbewerber*innen, die „nicht aktiv“ an ihrer Abschiebung mitwirken, auch in Abschiebehaf genommen werden. Was bedeutet das für Eure Klienten und Klientinnen?

Michael Lukas: Wenn die Behörden vermuten, dass sich jemand der Abschiebung entziehen könnte, besteht nun die Möglichkeit, die betreffende Person ohne richterliche Anordnung zu inhaftieren – entweder in einem Abschiebegefängnis oder in einer regulären Strafanstalt. Man muss sich klar machen, was das bedeutet: Menschen, die keinerlei Straftaten begangen haben, können aufgrund einer Vermutung ohne Gerichtsbeschluss ins Gefängnis gesperrt werden. Anhaltspunkt für eine solche Vermutung kann z.B. schon sein, dass jemand nicht an einem Gesprächstermin bei einer Rückkehrberatung teilnimmt.

Das Gesetz betrifft nicht nur die Geflüchteten selbst, sondern auch Initiativen wie STAY!, die Geflüchtete unterstützen. Wer von anstehenden Abschiebungen weiß und den Termin an die Betroffenen weitergibt, macht sich strafbar. Wie wirkt sich das auf Eure Arbeit aus?

Nicole Tauscher: Alle, mit denen wir zusammenarbeiten, vertreten wie wir die Haltung, dass die Menschen ein Recht darauf haben, über ihren Abschiebetermin Bescheid zu wissen. Es ist schlimm genug, mit einer ungewissen Zukunft in ein Flugzeug gesetzt zu werden. Da sollten die Betroffenen zumindest die Möglichkeit haben, sich oder die Kinder darauf vorzubereiten.

Michael Lukas: Da wir uns bei STAY! seit Anfang an auch für papierlose Geflüchtete einsetzen, sind wir die Arbeit in einer rechtlichen „Grauzone“ gewöhnt. Wir werden weiterhin den Menschen, die zu uns kommen, zu ihrem Recht auf Information und Beistand verhelfen und Missstände öffentlich machen.



Schon gewusst?

Die meisten Schutzbedürftigen fliehen innerhalb des eigenen Landes – unter anderem auch, weil sie hoffen, bald wieder zurückkehren zu können. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) zählte im Jahr 2018 weltweit 41,3 Millionen solcher „Binnenvertriebenen“. Weitere 29,4 Millionen Flüchtlinge hatten ihr Land verlassen – wovon rund 80% Schutz in Nachbarländern fanden.

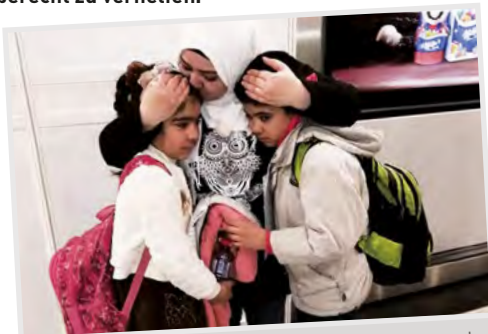
So befinden sich zum Beispiel im Libanon, einem Land mit nur 6,1 Millionen Einwohner*innen, ca. 915.000 Flüchtlinge aus der Region.



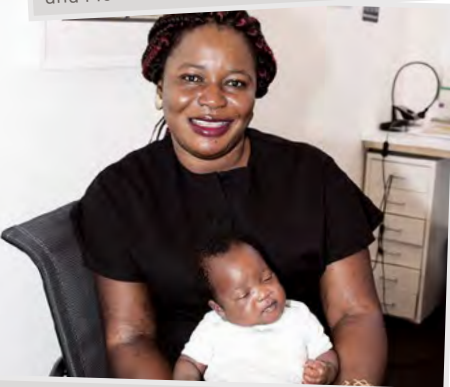
STAY! – PROJEKTE, AKTIONEN, EINZELSCHICKSALE

SOZIAL- UND RECHTS- BERATUNG UND MEDI- ZINISCHE VERSORGUNG

Seit mehr als zwölf Jahren berät und unterstützt die Sozial- und Rechtsberatung von STAY! Geflüchtete, die keinen legalen oder einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben. Dabei schöpfen wir alle Möglichkeiten aus, um den Betroffenen zu einem legalen und dauerhaften Bleiberecht zu verhelfen.



Rajaa Kabtoul ist vor dem Krieg aus Syrien nach Deutschland geflüchtet, ihre beiden Kinder musste sie zurücklassen. Durch die Hilfe von STAY! ist es gelungen die Kinder hierher zu holen und Rajaa konnte nach drei Jahren endlich Emen und Momen in ihre Arme schließen!



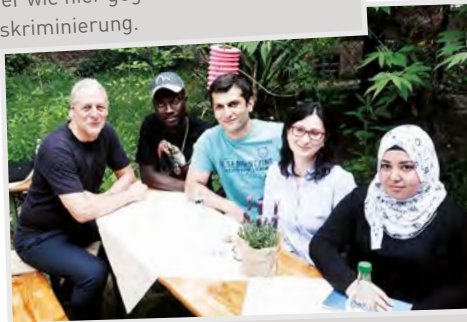
Die 36jährige Ghanaerin Mavis lebte papierlos in Deutschland und damit ohne Krankenversicherung. Als sie schwanger wurde und sich Komplikationen einstellten, vermittelten Freunde sie an das MediNetz von STAY!. Auch ihr und dem Ungeborenen konnten wir helfen: Mavis und ihr Sohn Obi sind gesund und leben jetzt legal in Düsseldorf.

STAY! UNITED FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Seit 2010 stehen Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt des Projekts STAY! united. Kinder und Jugendliche sind aufgrund ihrer Fluchtgeschichte und der Trennung von ihren Familien oft stark belastet und traumatisiert. Das Projekt STAY! united ist zu einer wichtigen Anlaufstelle für minderjährige Geflüchtete in Düsseldorf geworden.



Immer wieder organisiert und beteiligt sich STAY! an Protestaktionen gegen die Verschärfungen in der Asylpolitik, gegen Abschiebungen in Kriegsländer oder wie hier gegen Rassismus und Diskriminierung.



Das 10jährige Bestehen von STAY! haben wir mit all den Menschen gefeiert, die für unsere tägliche Arbeit unerlässlich sind: Unsere Klientinnen und Klienten, Unterstützer*innen sowie Kooperationspartner*innen.



Das erfolgreiche „No border“-Projekt hat jungen Geflüchteten den Zugang zu Kultur, Kunst und Musik ermöglicht. Dabei entstand ein Buch mit den Fluchtgeschichten, die „No Border Band“ wurde gegründet und die Entwürfe aus einem Streetart-Projekt mit den MaJoBrothers wurde auf eine Düsseldorfer Straßenbahn gedruckt.



Seit vielen Jahren kooperiert STAY! united mit Fortuna Düsseldorf. Das Bündnis „Flüchtlinge willkommen im Fußball“ ermöglicht jungen Geflüchteten den Zugang zum Sport und den Einstieg in den Vereinsfußball.

ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Ohne Unterstützung geht es nicht! STAY! kooperiert mit vielen anderen Vereinen, Organisationen, Gruppen und engagierten Menschen aus Kultur, Politik und Wirtschaft, um einerseits auf unsere Arbeit mit Geflüchteten aufmerksam zu machen, aber auch um andererseits Spenden zu erhalten, um unsere Arbeit fortsetzen zu können.



Benefizveranstaltungen, Sponsorenläufe von Schulen, Kulturveranstaltungen oder wie hier das Soli-Konzert von „Fahnenflucht“ zu Gunsten von STAY! unterstützen unsere Arbeit erheblich, indem sie die Erlöse ihrer Aktionen an STAY! spenden.



Richard (rechts im Bild) kam als unbegleiteter, minderjähriger Geflüchteter nach Deutschland – auf sich alleine gestellt floh er vor Kinderarbeit und bitterer Armut. Durch die Anbindung an STAY! united und unsere Unterstützung beim Asylantrag, bei der Wohnungs- und Ausbildungsplatzsuche arbeitet Richard heute als Maler und Lackierer. 2019 wurde er als einer der Besten seines Jahrgangs ausgezeichnet.



Bereits zum dritten Mal in Folge ermöglichte das Bündnis „Perspektive: Heimat“, der Wirtschaftsclub Düsseldorf und die Schaustellerfamilie Bruch jungen Geflüchteten einen wunderbaren Nachmittag auf der Düsseldorfer Rheinkirmes.



DAS STAY! MEDINETZ, DIE CLEARINGSTELLE UND DER NOTFALLFONDS

Seit der Gründung 2008 organisiert das STAY! MediNetz die medizinische Unterstützung für papierlose Menschen ohne Krankenversicherung: Zunächst rein ehrenamtlich, seit 2015 auch mit finanzieller Unterstützung der Stadt Düsseldorf.

Obwohl das Recht auf ärztliche Versorgung und den „höchsten erreichbaren Stand an körperlicher und geistiger Gesundheit“ ein Menschenrecht ist, werden Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere und ohne Krankenversicherung auch in Deutschland systematisch diskriminiert. Sie haben zwar einen Anspruch auf Notfallbehandlung, doch kommt es immer wieder zu Problemen mit Krankenhäusern oder Arztpraxen, wenn es um die Klärung der Kostenübernahme geht. Aus Angst vor Entdeckung und drohender Abschiebung lassen Menschen ohne Papiere akute Erkrankungen oft nicht behandeln. Das kann zu Chronifizierungen der Erkrankungen führen, die in manchen Fällen sogar lebensgefährlich werden und akute Notfallbehandlungen in Krankenhäusern erfordern. Und gerade die aktuelle Corona-Pandemie führt vor Augen, wie wichtig es ist, dass alle Menschen einen freien Zugang zu Gesundheitsversorgung erhalten. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die medizinische Versorgung schwangerer Frauen, die durch ihre aufenthaltsrechtliche Illegalisierung besonders belastet sind. Über die Jahre konnten wir viele Schwangere unterstützen – von der ersten Untersuchung bis zur Entbindung.

In den ersten Jahren arbeitete das STAY! MediNetz vollständig ehrenamtlich: Ärzte und Ärztinnen, Pflegefachkräfte und Medizinstudenten und -studentinnen boten einmal pro Woche eine kostenlose Sprechstunde an, in der die Betroffenen untersucht und ggf. an niedergelassene Ärzte

und Ärztinnen weitervermittelt wurden, die die Erkrankten aus Solidarität kostenlos behandelten. 2015 startete nach langen Verhandlungen zwischen dem STAY! MediNetz und der Stadt Düsseldorf, um die Einführung eines anonymisierten Krankenscheins, zunächst ein 3-jähriges Modellprojekt, das 2019 in die Regelförderung überführt wurde. Die Stadt Düsseldorf stellt STAY! seitdem einen Notfallfonds mit jährlich 100.000 € zur Verfügung, mit dem (kostenreduzierte) medizinische Behandlungen finanziert werden, sowie eine Clearingstelle mit 40 Stunden pro Woche. Diese teilen wir uns zu zweit, um Gespräche mit den Klienten und Klientinnen zu führen, mögliche Leistungsansprüche zu ermitteln, Termine in Arztpraxen oder Krankenhäusern zu vereinbaren oder gemeinsam mit unseren Kollegen und Kolleginnen aus der spendenfinanzierten Rechtsberatung von STAY! nach Wegen zur aufenthaltsrechtlichen Legalisierung zu suchen.

Die Clearingstelle bietet dienstags (ehrenamtlich ärztlich begleitet) und donnerstags offene Sprechstunden für medizinische Hilfen an, die von den besonderen Bedürfnissen akut erkrankter Menschen in prekären Lebenssituationen geprägt sind. Die bisherige Bilanz des Projektes ist durchweg positiv: Seit 2016 kamen über 500 Klienten und Klientinnen, davon ca. 70% ohne gültige Papiere. Etwa 50% der Klienten und Klientinnen erhielten medizinische Leistungen über den städtischen Notfallfonds. Es wurden mehr als 120 Schwanger-

schaften ärztlich begleitet und erforderliche Operationen konnten zügig in die Wege geleitet werden. Bei 20% der papierlosen Klienten und Klientinnen konnte der Aufenthaltsstatus reguliert werden. Für die Klienten und Klientinnen, die nicht den Notfallfonds in Anspruch nehmen können, übernimmt die Clearingstelle eine Lotsenfunktion zu anderen (Beratungs-)Stellen, um ihnen Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen.

Zudem bemühen wir uns, Mütter und ihre Neugeborenen bei Bedarf mit Kinderwagen und Neugeborenen-Bekleidung auszustatten, die wir als Spenden erhalten. Im Frühjahr und Sommer 2020 konnten wir außerdem Menschen, die in Düsseldorf „gestrandet“ sind, weil ihre Flüge coronabedingt ausgefallen sind, mit Medikamenten-Spenden unterstützen.

Weiterhin sind wir beim STAY! MediNetz auf Unterstützung angewiesen: Auf die ehrenamtlichen Leistungen von Ärzten und Ärztinnen, die unsere Klienten und Klientinnen kostenreduziert in Arztpraxen behandeln oder unsere MediNetz-Sprechstunde unterstützen; auf materielle Unterstützung, um dort zu helfen, wo die städtische Finanzierung der Stadt ihre Grenzen hat und auf ideelle Unterstützung für unser politisches Ziel, eines freien und gleichberechtigten Zugangs zu medizinischer Versorgung für alle Menschen, die hier leben.

Regine Heider und Jan Lis
STAY! MediNetz / Clearingstelle



Schon gewusst?

In Deutschland gibt es in 41 Städten MediNetze, Medibüros oder medizinische Flüchtlingshilfen, davon 10 in NRW. Alle Standorte und weitere Informationen und Materialien unter www.medibueros.org

STAY!

DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

WO FINDEN SIE UNS?

STAY! DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE e.V.
Ellerstraße 176
40227 Düsseldorf

OFFENE SPRECHSTUNDE

SOZIALBERATUNG

Montags 10:00 – 12:00 Uhr
Dienstags 15:00 – 17:00 Uhr
Freitags 13:00 – 15:00 Uhr

MEDINETZ

Dienstags 19:00 – 20:30 Uhr
Donnerstags 14:00 – 16:00 Uhr

SIE ERREICHEN UNS AUF FOLGENDEN WEGEN:

SOZIALBERATUNG

Telefon: 0211-721395-11
Fax: 0211-72 13 95-13
E-Mail: info@stay-duesseldorf.de

MEDINETZ/CLEARINGSTELLE

Telefon: 0211-721395-12 oder
Telefon: 0176-47534996 oder
Telefon: 0157-53606531
E-Mail: medinetz@stay-duesseldorf.de
E-Mail: clearingstelle@stay-duesseldorf.de

JUGENDPROJEKT UNITED

Telefon: 0152-53627249
Fax: 0211-721395-13
E-Mail: united@stay-duesseldorf.de

Rechtsberatung durch Fachanwalt
jeden Dienstag von 17:30 – 19 Uhr
nur nach vorheriger Terminabsprache
(telefonisch oder per E-Mail).

Vorbereitung auf das Interview beim
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
nur außerhalb unserer offenen Sprechstunde
und nach vorheriger Terminabsprache.



stay-duesseldorf.de



[/stay.duesseldorf](https://www.facebook.com/stay.duesseldorf)

SPENDEN SIE FÜR STAY!

STAY! wird durch Spenden finanziert. Jede Spende hilft, das Projekt aufrecht zu erhalten. STAY! e.V. ist gemeinnützig, d.h. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Gern stellen wir eine Spendenquittung aus. Teilen Sie und bitte hierzu im Verwendungszweck Ihre vollständige Anschrift mit.

Kto.-Nr. 4 008 408 500

BLZ 430 609 67

IBAN DE51 4306 0967 4008 4085 00

BIC GENODEM1GLS

GLS-Bank Bochum

Gern können Sie über unsere Website stay-duesseldorf.de auch per PayPal spenden.

Vielen Dank!

